«Die erreichte Enthemmung ist beispiellos»

2008 war ein denkwürdiges Jahr. Die Finanzbranche hat der Welt eine Krise beschehrt, die sich nur mit derjenigen der 30er-Jahre vergleichen lässt. Für Wirtschaftsethiker Peter Ulrich ist ein Wendepunkt erreicht.

Peter Ulrich. Was haben Sie gedacht, als Sie zum ersten Mal von Hedge-Fund-Manager Bernhard Madoff gehört haben, der ganz alleine einen Schaden von 50 Milliarden Dollar angerichtet haben soll?
Peter Ulrich: Mein spontaner Gedanke war, ob das jetzt wohl der Kulminationspunkt einer völlig ausser Rand und Band geratenen Gewinnmaximierungsmentalität sein könnte.

Und ist es ein Kulminationspunkt?
Wenn man es mit grösserer historischer Optik anschaut, dann könnte man das vermuten. 1944 hat der berühmte Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi die These formuliert, dass eine grosse Transformation der Gesellschaft in Gang sei. Gemäss Polanyi besteht diese Transformation darin, dass sich die Wirtschaft immer radikaler aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang herauslöst. Mit dem Ergebnis, dass am Ende die Gesellschaft bloss noch ein Anhängsel des Marktes sei. Diese Radikalisierung hat tatsächlich in der Nachkriegszeit stattgefunden und gerade bezüglich der globalen Finanzmärkte ein Ausmass an institutioneller Entfesselung und moralischer Enthemmung angenommen, dass sich wohl kaum noch steigern lässt. Darum erwarte ich, dass das Pendel jetzt wieder zurückschwingt.

Zurückschwingt wohin?
Da sehe ich grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Einerseits ist es möglich, dass jetzt auf die Phase der radikalen Marktgläubigkeit eine Phase konzeptloser interventionistischer Staatsgläubigkeit folgt, was ich bedauern würde. Zukunftsträchtiger wäre es – und da sehe ich die Chance der aktuellen Situation –, wenn die Marktwirtschaft buchstäblich zivilisiert, das heisst in eine voll entfaltete Bürgergesellschaft eingebunden würde. Marktwirtschaft ist eine rechtsstaatliche Veranstaltung. Nur noch die Metaphysiker des freien Marktes glauben daran, dass der Markt sich selbst regelt. Insofern erübrigt sich auch die Diskussion um mehr oder weniger Staat oder Markt. Es geht vielmehr um die gesellschaftsdienliche Qualität der Rahmenordnung des Marktes. Das erfordert nicht einfach mehr, sondern vielleicht sogar weniger, aber bessere Regulierung. Ihr Kriterium ist letztlich einfach und klar: Die Wirtschaft soll der bürgerlichen Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt. Dafür braucht es neben Markt und Staat noch etwas Drittes, nämlich einen aufgeklärten Bürgersinn. Hier haben wir heute die grösste Herausforderung, aber auch die grösste Chance.



Wendepunkt oder nur Episode: Protest in Hong Kong gegen «Gauner» Citibank, die faule Papiere nicht zurücknehmen will. Bild: key

INTEGRATIVE WIRTSCHAFTSETHIK: DAS ST. GALLER MODELL

Die Integrative Wirtschaftsethik von Professor Peter Ulrich geht davon aus, dass die wirtschaftlichen Prozesse eine dienende Rolle haben sollen. So soll Ziel des Wirtschaftens nicht einfach nur die Maximierung der Gewinne sein, sondern Mittel dazu, ein gutes Leben und ein gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Ulrich erweitert damit die Zielsetzung der Wirtschaft mit den zwei neuen Zielen «Sinn – wofür die Wirtschaft Werte schafft» und «Gerechtigkeit – für wen die Wirtschaft Werte schafft». Sie ergänzen das Ziel der Effizienz, das bisher das Wirtschaften dominierte. Mit diesen Ergänzungen will Ulrich die Wirtschaft «zivilisieren» also wieder in die Gesellschaft einbinden und der Tendenz entgegenwirken, dass die Gesellschaft lediglich noch als ein Anhängsel der Wirtschaft gilt, die sich den ökonomischen Grundsätzen zu unterwerfen hat. Konkret propagiert Ulrich ein dezidiertes Eingreifen des Staates, um eine zivilisierte Wirtschaft zu erreichen. Nur mit eindeutigen und scharf kontrollierten Bestimmungen sei ein gesellschaftlich wünschbares und erfolgreiches Wirtschaften möglich.



«Der Weg aus der aktuellen Wirtschaftsunordnung ist noch lang»

Peter Ulrich

Was ist genau unter Bürgersinn zu verstehen und wie soll der entstehen?
Bürgersinn ist jene Selbstverantwortung für das eigene Tun und jene politische Mitverantwortung für die Grundsätze des Zusammenlebens, ohne die eine freiheitliche Bürgergesellschaft nicht zu haben ist. Es geht darum, dass die Individuen sich wechselseitig als freie und gleichberechtigte Bürger achten und anerkennen. Bürger, die sich so verstehen, nehmen Anteil an der «res publica», der öffentlichen Ordnung. Sie spalten auch ihr wirtschaftliches Vorteils- und Erfolgsstreben nicht von ihrem «bürgerlichen» Selbstverständnis ab, sondern integrieren es in dieses. Und sie engagieren sich für Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft, die deren Human-, Sozial- und Umweltverträglichkeit sichern. Denn das legitimiert überhaupt erst ihr wirtschaftliches Vorteilsstreben und verleiht ihm lebenspraktischen Sinn.

Sehen Sie da konkrete Ansätze, die da tatsächlich in diese Richtung gehen?
Als Beispiel mag eine international aufkommende Debatte über die bürgergesellschaftlichen Voraussetzungen für die Sozialverträglichkeit einer hochproduktiven Wirtschaft dienen. Wir stehen ja vor einer Rezession, die sicher auch wieder höhere Arbeitslosenzahlen mit sich bringt. Wie üblich wird man versuchen, dieses Problem mit der Ankurbelung der Wirtschaft zu lösen. Dumm ist nur, dass das Wirtschaftswachstum kaum so stark ausfallen wird, dass das Problem tatsächlich gelöst wird. Die symptomatische Folge ist das Ansteigen der Sozialstaatskosten, denn eine zivilisierte Gesellschaft kann ja keines ihrer Mitglieder ins Elend fallen lassen. Wenn wir den bloss die Symptome bekämpfenden Sozialstaat ursächlich eindämmen wollen, dann müssen wir über kurz oder lang die Verteilung des an sich reichlichen Sozialprodukts ein Stück weit von der Verteilung der Erwerbsarbeit, deren Verknappung den Erfolg der wirtschaftlichen Rationalisierung spiegelt, abkoppeln. Dafür sind neue, intelligente Modelle der Primärverteilung des Wohlstands nötig. Das ist ein Jahrhundertprojekt, aber ein entscheidendes, wenn wir verhindern wollen, dass eine allzu verselbstständigte Marktwirtschaft zunehmend ihre eigenen Voraussetzungen, eben die bürgerliche Gesellschaft, zerstört.

Nützen solche Debatten etwas? Wir haben mehr als zehn Jahre Diskussion über hohe Managerlöhne hinter uns, ohne das dies auch nur den geringsten Effekt gehabt hätte. Erst jetzt durch die Krise kommt in diesem Punkt allenfalls etwas in Gang.
Wir haben in der Tat eher desillusionierende Erfahrungen machen müssen, was die Reichweite von ethischen Appellen an die Individuen betrifft. Gerade die vermeintliche «Elite» der Wirtschaft – zum Glück aber nicht die Mehrzahl der traditionellen Familienunternehmer und KMU-Leiter – ist heute offenbar viel mehr von kurzsichtigem Gewinnmaximierungsdenken als von Weitsicht und Verantwortung für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft motiviert. Soweit das so ist, muss eben die Zivilgesellschaft den Wirtschaftsführern und der Politik Beine machen. Deshalb darf man Wirtschaftsethik nicht auf Individual- und Unternehmensethik verkürzen; sie muss ganz wesentlich auch politisch-philosophisch fundierte Ordnungsethik sein. Oder anders gesagt: Es geht nicht nur um ethisches Handeln in der Wirtschaft, sonder auch und vorrangig um die ethische Fundierung der Wirtschaftsordnung selbst. Auch die Wirtschaftsvertreter sollten ihr aufgeklärtes Eigeninteresse daran erkennen und entsprechende ordnungspolitische Mitverantwortung übernehmen, statt Politik nur als Fortsetzung des Geschäfts mit andern Mitteln zu betreiben.

Damit wären wir wieder beim Problem des Appells. Ein anderes ist, dass Sie mit den neuen Regulierungen auf mehr Bürokratie und weniger Freiheit setzen.
Das ist zwar ein populärer, aber falscher Vorwurf. Er ist Ausdruck des Missverständnisses von Freiheit als regel- und zügelloser Willkürfreiheit der Starken auf Kosten der Schwächeren. Liberalismus ist doch nicht dasselbe wie Anarchie! Wohlverstandene Freiheit ist die gleiche Freiheit aller Bürger. Die Freiheit des einen findet ihre legitimen Grenzen dort, wo die gleiche Freiheit der anderen beginnt. Dies ist die Kernidee des modernen politischen Liberalismus. Die Grundprinzipien einer wohlgeordneten Gesellschaft freier Bürger gelten auch für das Wirtschaftsleben. Darum sollten verantwortungsbewusste Unternehmer ihr Eigeninteresse daran erkennen, dass die Politik strenge Rahmenbedingungen eines fairen Leistungswettbewerbs setzt. Nur dann hat der einzelne Unternehmer eine faire Chance, gesellschaftlich verantwortlich und zugleich im Markt erfolgreich zu geschäften. Andernfalls läuft er Gefahr, von Konkurrenten aus dem Markt geworfen zu werden,

«Nur noch die Metaphysiker des freien Marktes glauben, dass dieser sich selbst regelt»

Peter Ulrich

die sich mit rücksichtslosen Methoden unlautere Kostenvorteile verschaffen. Darum argumentiert der verantwortungsbewusste Unternehmer für und nicht wie bisher noch allzu oft gegen einheitliche humanitäre, soziale und ökologische Standards für die Privatwirtschaft. Erst dann ist er als integrer Wirtschaftsbürger glaubwürdig.

Zurück zum Ausgangspunkt: Glauben Sie, dass diese Finanzkrise tatsächlich das wirtschaftliche System verändert?
Ich denke, dass diese Finanzkrise zumindest einige Sichtweisen als nicht zielführend entlarvt hat. Als vernünftiger Mensch kann man meiner Meinung nach nicht mehr daran glauben, dass der Markt alles regelt. Das ist eine vormoderne Ideologie, die sich durch die Tatsachen erledigt hat. Auch die sogenannte Shareholder-Value-Doktrin ist definitiv überholt. Ein Unternehmen allein nach den Ansprüchen der Kapitaleigner auszurichten und davon zu erwarten, dass damit automatisch allen gedient ist, ist Ausdruck einer weltfremden Metaphysik des Marktes. In Wirklichkeit sind Unternehmen gesellschaftliche Wertschöpfungsveranstaltungen, die mitten im Brennpunkt verschiedener Ansprüche stehen. Kapitalinvestoren wollen hohe Rendite, Mitarbeitende gute Löhne, Kunden tiefe Preise usw. Es ist ganz normal, dass all diese Ansprüche sich teilweise widersprechen. Statt diese normale Konflikthaftigkeit des Wirtschaftslebens pauschal zu leugnen, gilt es mit ihnen professionell und verantwortlich umzugehen. Wir müssen lernen, nur dann von guter Unternehmensführung zu sprechen, wenn sie nicht nur das Unternehmen im Markt erfolgreich positioniert, sondern gleichzeitig auch die Ansprüche der anderen Stakeholder in fair ausgewogener Weise zu erfüllen mag. Die Ideologie der Gewinn- und Renditemaximierung ist damit nicht vereinbar.

Eine Finanzkrise wie die aktuelle sollte es also nicht mehr geben?
Da wäre ich vorsichtig. In absehbarer Zeit kann ich mir das zwar nicht vorstellen. Aber solange weniger als fünf Prozent der täglichen Transaktionen auf den globalen Finanzmärkten der Finanzierung der Realwirtschaft dienen und der Rest einzig und allein dem «Geldmachen» ohne den Umweg über die Realwirtschaft dient, ist die Herausbildung von weiteren Finanzblasen fast unvermeidlich. Der Weg aus der herrschenden Weltwirtschaftsunordnung ist noch lang, und es ist offen, ob diejenigen, die politisch die Macht und das Sagen haben, ihn wirklich gehen wollen.

INTERVIEW: JANN LIENHART

Professor Peter Ulrich ist Begründer des St. Galler Ansatzes der Integrativen Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen.